

## **Aktuelles aus dem Parlament**

Nr. 6/2009

17. Juni 2009

Die EU-Wahlen sind vorüber. Die ÖVP kann sich sowohl bundesweit als auch im Burgenland über ein wirklich gutes Abschneiden freuen. Ich danke allen, die in unseren ÖVP-Ortsgruppen zum Ergebnis beigetragen haben. Die Arbeit im Nationalrat geht trotzdem intensiv weiter. Die wichtigsten Beschlüsse dieser Woche finden Sie hier im Überblick.

### **Weg frei für kostenloses Kindergartenjahr - Verpflichtender Kindergarten für Fünfjährige**

Der Nationalrat hat einem Bund-Länder-Vertrag zugestimmt, womit eine halbtägig kostenlose und verpflichtende Förderung in Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen eingeführt wird. Der verpflichtende Kindergartenbesuch gilt für fünfjährige Kinder im letzten Jahr vor der Schulpflicht und umfasst mindestens 16 bis 20 Stunden für mindestens vier Tage pro Woche. Der Bund stellt dem Burgenland für 2009/10 rund 2,2 Millionen Euro zur Verfügung, für 2010/11 rund 2,1 Millionen Euro. Zweck der Förderung ist es, den Entfall der Elternbeiträge abzudecken. Abgerechnet werden können von den Kindergartenerhaltern aber auch Aufwendungen, die mit der Einführung der Kindergartenpflicht zusammenhängen. Dazu zählen Baumaßnahmen, die Weiterbildung von Kindergartenpädagoginnen und Buskosten.

### **Mehr Sicherheit für Inhaber von Bankkonten**

Eine Reihe von Verbesserungen für Konsumenten gibt es künftig im Zahlungsverkehr. So haftet bei Fehlüberweisungen künftig in jedem Fall der Zahlungsdienstleister (Bank, Kreditkartenfirma etc.) und nicht nur - wie bisher - bei schuldhaftem Verhalten. Beschleunigt wird auch der Zahlungsverkehr von Girokonten: Bis Ende 2011 muss eine Zahlung spätestens innerhalb von drei Geschäftstagen gutgeschrieben werden, ab 2012 dann am jeweils folgenden Geschäftstag. Außerdem sollen alle Zahlungsdienste in der EU einen einheitlichen Rechtsrahmen bekommen.

### **Jährlich mindestens 93 Mio. Euro für die Feuerwehren**

In den Jahren 2009 bis 2011 werden Österreichs Feuerwehren Anteile aus dem Katastrophenfonds bekommen. Damit ist jährlich eine Mindestsumme von 93 Millionen Euro aus der Feuerschutzsteuer - deren Aufkommen jährlich schwankt - und Katastrophenfondsmitteln garantiert.

### **Verbreitung von Breitband-Internet wird beschleunigt**

Das neue Telekommunikationsgesetz soll dazu beitragen, die Versorgung mit schnellerem Breitband-Internet zu verbessern. Vor allem die Umrüstung von Kupfer- auf Glasfaserkabel soll beschleunigt werden. Bestehende Infrastruktur wird für andere Nutzer geöffnet: Inhaber von Wege-, Leitungs- und Nutzungsrechten müssen die Mitbenützung dieser Rechte bzw. Leitungen gegen Entgelt gestatten.

### **Beiträge zur Solidarität in der Staatengemeinschaft**

Aus Mitteln der Nationalbank stockt Österreich seine Anteile am Internationalen Währungsfonds auf. Ein ebenfalls beschlossener Beitrag zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung trägt zur Stärkung benachteiligter ländlicher Räume in Entwicklungsländern bei.

### **Ein Beitrag zur Blutsicherheit**

Die Inspektion von Blutspendeeinrichtungen - soweit es nichtmobile Entnahmen sind - wird von der Bezirksverwaltungsbehörde auf das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen übertragen.